

SPD fordert: Stormarns Kirchen besser präsentieren

Kreisverwaltung soll Broschüre erstellen lassen. 5000 Euro Anschubfinanzierung geplant

BAD OLDESLOE :: Die Stormarner SPD will mehr Werbung für die Kirchen im Kreis machen. Die Kreisverwaltung soll eine Broschüre mit dem Titel „Kirchen in Stormarn“ mit Fotos und kurzen Texten über die Geschichte der Gotteshäuser erstellen. „Dieser Service ist in den meisten anderen Kreisen in Schleswig-Holstein selbstverständlich, das sollten wir auch bieten“, sagt die SPD-Kreistagsabgeordnete Sigrid Kuhlwein, die auch Vorsitzende des Schul-, Kultur- und Sportausschusses ist. Von Ahrensburg über Bargtheide und Bad Oldesloe bis nach Zarpfen könne Stormarn mit wirklich sehenswerten Gotteshäusern aufwarten.

Wer mehr über die einzelnen Kirchen wissen möchte, hat es allerdings nicht leicht. Eine Übersicht gibt es nicht. Nach Möglichkeit sollte die neue Broschüre schon im Jubiläumsjahr 2017 erscheinen: Dann wird der Kreis Stormarn 150 Jahre alt. Als Anschubfinanzierung möchte die SPD 5000 Euro im Etat einplanen. Zudem soll die Kreisverwaltung mit dem Landesamt für Denkmalpflege, dem Kirchenkreis Hamburg-Ost sowie Vertretern der katholischen Kirche über eine Beteiligung reden sowie weitere Finanzierungsmöglichkeiten prüfen.

„Eine Broschüre über die Entstehungsgeschichte der Kirchen, ihre Besonderheiten und Bedeutung über die Jahrhunderte trägt dazu bei, sich der Rolle der Kirche auseinanderzusetzen“, sagt Kuhlwein. Außerdem könne sie an Touristen verteilt werden. Bei seiner nächsten Sitzung am 6. November wollen die Parteien im Kulturausschuss über die SPD-Idee beraten. (ks)

Bürger können Pläne für „Altes Gleisdreieck“ in Glinde einsehen

GLINDE :: Die Stadtvertreter in Glinde haben den Entwurfs- und Auslegungsbuch für die geänderten Bestimmungssachen „Altes Gleisdreieck“ einstimmig durchgewinkt. Somit wird der zweite Entwurf für vier Wohnen öffentlich ausliegen, Bürger können Anregungen geben. Auf dem Areal plant die Firma Semmelhaack 89 Wohnungen, davon 62 öffentlich gefördert, und 30 Reihenhäuser. Letztere stehen zum Verkauf.

Ursprünglich waren 153 Wohnungen angedacht gewesen, von denen 92 öffentlich gefördert werden sollten. Eine Bürgerinitiative, die das Projekt verhindern will, bemängelt jedoch, die Stadt habe ein Grundstück zu günstig an den Investor verkauft und reichte Beschwerden bei der Kommunalaufsicht ein. Und tatsächlich muss Semmelhaack drauflegen. Die Mehrkosten für den Grundstückserwerb will die Firma durch weniger Wohnungen und den Verkauf der Reihenhäuser kompensieren. (suk)

Busse nehmen künftig E-Scooter mit

HVV beschließt einheitliche Regeln für Elektromobile ab Januar. Bargtheider sieht darin Mogelpackung

HARALD KLIX

BARGTHEIDE :: Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) regelt die Mitnahme von sogenannten E-Scootern in seinen Bussen künftig einheitlich. Ab Januar 2017 werden Fahrer von Elektromobilen überall im HVV-Gebiet, zu dem auch der Kreis Stormarn gehört, mitgenommen – wenn sie zuvor eine kostenlose Schulung absolviert haben.

Außerdem müssen die Fahrzeuge vierrädig sein, dürfen mit Mensch nicht mehr als 300 Kilogramm wiegen und nicht länger als 1,20 Meter sein. Während der Fahrt müssen die E-Mobile rückwärts an der Prallfläche in der Mitte der Busse stehen. „Damit haben wir eine klare HVV-weite Regelung, die sicherstellt, dass weder die E-Scooter-Fahrer noch andere Passagiere gefährdet werden“, sagt HVV-Sprecher Rainer Vohl.

Während der Verkehrsverbund die Entscheidung als Erfolg betrachtet, sehen Betroffene darin eine Mogelpackung. „Die Begrenzung auf 120 Zentimeter Länge ist eine Diskriminierung, weil es fast überhaupt keine Elektromobile gibt, die so kurz sind“, sagt Andreas Reigbert aus Bargtheide. „Damit sind fast alle Elektromobile vom Transport in Bussen ausgeschlossen.“

Reigbert ist an Multipler Sklerose (MS) erkrankt und seit vier Jahren mit dem motorisierten Krankenfahrstuhl, so der rechtlich korrekte Begriff, unter-

Die Begrenzung auf 120 Zentimeter Länge schließt fast alle Elektromobile vom Transport in Bussen aus

Andreas Reigbert, E-Scooter-Fahrer aus Bargtheide

wegs. Er hatte die Debatte vor mehr als einem Jahr mit ins Rollen gebracht. Daraus verweigerte ihm die Autokraft die Busfahrt von Bargtheide zum behindertengerechten Ahrensburger Bahnhof, wo er in die Regionalbahn nach Hamburg steigen wollte.

Ein Gutachten hatte 2014 ergeben, dass E-Scooter in Linienbussen in bestimmten Situationen durch Kippen oder Rutschen eine Gefahr darstellen können. Daraufhin sprach unter anderem die Autokraft ein Verbot aus, während die Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein (VHH) sich kulant zeigten. Das hat zur Folge, dass in Städten wie Ahrensburg und Bargtheide auf einer Buslinie E-Scooter befördert werden und auf der anderen nicht.

„Es ist ein Erfolg, dass es wenigstens eine HVV-weite Regelung gibt, die die sich auch die Autokraft halten muss“, sagt der 54-Jährige. Das sei aber auch das einzig Positive. „Die Bedingung, vorher einen Führerschein ein und Plakette machen zu müssen, empfinde ich als diskriminierend“, so der Frührentner. Seit 1980 habe er den Auto-Führerschein und reichlich Scooter-Erfahrung. Dass er im Bus rückwärts sit-



Seit vier Jahren ist der an Multipler Sklerose (MS) erkrankte Bargtheider Andreas Reigbert mit dem E-Scooter unterwegs. Grundsätzlich hält er die einheitliche Regelung des Hamburger Verkehrsverbunds (HVV) zur Mitnahme der Elektromobile in Bussen für gut, doch in der Praxis ist es für ihn wegen der Beschränkung auf 1,20 Meter Länge ein weitgehendes Verbot

Martina Tabel, HA

zen müsse, sei eine weitere Diskriminierung. Von Nichtbehinderten wie Fahrradfahrern, Müttern mit Kinderwagen und Menschen mit Rollatoren werde dies alles nicht verlangt.

Schließlich nütze die neue Regelung auch nichts für Reisen über das HVV-Gebiet hinaus. Dasselbe gelte für auswärtige Besucher, die aus anderen Bundesländern mit ihrem Elektromobil nach Hamburg kommen möchten. Der nächste Schritt müsse deshalb eine bundesweite Regelung sein. „Noch ähnelt Deutschland in diesem Punkt einem Flickenteppich“, sagt Reigbert.

Während er in Zügen vergleichsweise gute Erfahrungen gemacht habe, gebe es bei Bussen immer wieder negative Überraschungen. Längere Reisen seien nur schwer zu planen. Um das zu ändern, hat der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter (BSK) Anfang dieses Monats eine Petition an den Deutschen Bundestag geschickt, die fast 10.000 Bürger unterzeichnet ha-



Im Bus soll der E-Scooter rückwärts zur Fahrtrichtung stehen

ben. Ziel ist ein Gesetz, das Menschen mit Behinderung und ihre Hilfsmittel im öffentlichen Verkehr befördert werden müssen.

Vor einem Jahr hatte sich auch der Stormarner Kreistag eingeschaltet. Der Verkehrsausschuss unterstützte Andreas Reigbert und forderte den HVV auf, das Problem zu lösen. „Die Betroffenen brauchen Verlässlichkeit. Ob sie mitgenommen werden oder nicht, darf

kein Zufall sein“, sagte der Ausschussvorsitzende Lukas Kilian (CDU).

In zweieinhalb Monaten wird es kein Zufall mehr sein. Setzt der HVV die 1,20-Meter-Vorschrift aber konsequent um, müssen die meisten E-Scooter-Fahrer wohl draußen bleiben. Zumindest das Falblatt, das die Mitnahme erklärt, macht Andreas Reigbert ein wenig Hoffnung. Auf dem Titelfoto hat er sein Modell wiedererkannt. Das misst 1,29 Meter...

Schulungen für E-Scooter-Besitzer zur sicheren Fahrt in Bussen bietet der HVV mit der Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen (LAG) an. Die Teilnehmer erhalten eine Pass und eine Plakette für ihr Fahrzeug. Termine und Orte können unter der Telefonnummer 040/725 94-186 (dienstags 9 bis 12 und donnerstags 14 bis 17 Uhr) erfragt werden und sind auf der Seite www.hvv.de/service/mobilitaet-fuer-alle/schulungen zu finden. Die LAG (www.lagh-hamburg.de) bietet darüber hinaus auch Einzeltraining an.

Oldesloer wollen mit LED-Lampen Strom sparen

Kreisstadt will Beleuchtung der Straßen modernisieren und gibt Prüfgutachten in Auftrag

BAD OLDESLOE :: Viel Strom für wenig Licht – bislang leuchten Natriumdampflampen die meisten Straßenzüge in Bad Oldesloe aus. Doch das soll sich bis zum Jahr 2025 ändern. Denn bis dahin werden alle Leuchtkörper gegen energiesparende LED-Lampen ausgetauscht. Zunächst sollen durch ein Gutachten die Kosten, Fördermittel und Möglichkeiten zur Umsetzung analysiert werden. Einen entsprechenden Antrag brachten die Grünen nun in der Versammlung der Stadtvertreterorden ein. Für Diskussion sorgte dabei vor allem die Finanzierung.

„Selbst wir können uns eine Umstellung auf LED vorstellen“, sagt Horst Möller (CDU). „Es müssen aber alle Möglichkeiten der Umsetzung geprüft und berücksichtigt werden“, so der Praktikationsvorsitzende. Er nannte als Beispiel eine Firma aus Kaltenkirchen, die die Umrüstung kostenlos übernehme. Die Einsparungen müssen von den Gemeinden dann über einen gewissen Zeitraum an die Firma abgeführt werden.

Für Hendrik Holtz (Die Linke) sind solche „Contractings“ ein rotes Tuch: „Ich kann mir bei einer privatwirtschaftlichen Firma nicht vorstellen, dass wir am Ende nicht den Kürzeren ziehen.“ Ob eine derartige Kooperation rentabel sein könnte, darüber soll das Gutachten Aufschluss geben. Fest steht schon jetzt: Gegenüber der bisherigen Technik wären LED-Lampen weitaus effektiver.

Antragsteller Umweltfreund Janson (Bündnis 90/Die Grünen): „Die Einsparpotenziale sind enorm. Nicht nur in Sachen CO2, sondern auch in finanzieller Hinsicht.“ Durch eine Umrüstung könnten zwischen 71 und 81 Prozent des Stromverbrauchs eingespart werden. Das hatten Berechnungen im Zwischenbericht zum energetischen Konzept der Vogel-Baum-Siedlung ergeben. Diese Zahlen seien aber auf die gesamte Stadt übertragbar, so Janson. Weitere Vorteile sind eine höhere Lebensdauer und ein besserer Wirkungsgrad: „Die LEDs leuchten die Straße punktuell aus und strahlen nicht in alle Richtungen.“

Stadt plant 30.000 Euro für das Gutachten im Haushalt ein

Der einstimmig bei einer Enthaltung beschlossene Antrag sieht vor, dass im Haushalt 2017 Planungskosten in Höhe von 30.000 Euro eingestellt werden, um das Gutachten in Auftrag zu geben. Das Konzept soll auch einen Zeitplan beinhalten, welche Straßenzüge und Ortsteile zu welchen Zeitpunkt umgerüstet werden. Dabei gibt je älter der Bestand, desto früher gibt es eine neue LED-Beleuchtung. Ob sich auch Anwohner an den Anschaffungskosten beteiligen müssen, ist noch unklar.

Skepsis allein bei der WfB: „Wir müssen uns schon fragen, ob es sinnvoll ist, eine funktionierende Beleuchtung auszutauschen und so Müll zu produzieren“, sagt Carsten Wirth von den Freien Wählern. Er enthielt sich bei der Abstimmung. (ff)

Lese-Paten gesucht: Unterstützen Sie Stormarner Schüler

Mit der Aktion kommt das Hamburger Abendblatt in die Schulen. Jeder kann mitmachen und ein Jahres-Abonnement erwerben

AHRENSBURG :: Schüler informieren sich digital, sie spielen online, surfen im Netz und präsentieren sich in sozialen Netzwerken. Aber lesen sie Zeitung? Die richtige, die noch auf Papier gedruckte Zeitung? Zugegeben, die Frage klingt fast ein bisschen welfremd, wenn man an die jungen Menschen denkt, denen man im Bus oder in der Bahn begegnet und die den Blick kaum von ihren Smartphones lösen können.

Aber was das mit festgefügten Urteilen ist – manchmal halten sie der Wirklichkeit einfach nicht stand. Und tatsächlich gibt es die Schüler, die die angeblich so almodische Zeitung auf Papier noch lesen – und das sogar ziemlich cool finden. Vielleicht auch, weil es eben gerade mal nicht Mainstream ist.

Dass es immer mehr Schüler gibt, die das Abendblatt regelmäßig lesen, ist vor allem der „Lese-Paten“-Aktion zu danken, die Hamburgs größte Tageszeitung an viele Schulen bringt. In Hamburg ist diese Aktion innerhalb kürzester Zeit so erfolgreich, dass bereits 150 Lese-Paten das Projekt unterstützen, das inzwischen auch überregional positiv wahrgenommen wird.

Und künftig soll es nicht auf die Stadt selbst beschränkt bleiben, sondern im gesamten Verbreitungsgebiet des Abendblatts zum Erfolg werden, zum Beispiel im Kreis Stormarn. „Die positive Resonanz der Schulen in Hamburg hat uns bewegt, diese Aktion auch in Stormarn zu ermöglichen“, sagt Benjamin Frank, Vertriebsleiter des Abendblatts.

Damit das auch gelingt, werden nun Lese-Paten gesucht, die die Aktion unterstützen und ein Jahres-Abo spenden. Zu den bisherigen Paten gehört unter anderem auch der Frontmann des Techno-Trios Scooter, H.P. Baxxter (52, „Hyper, Hyper“). Aber sicher gibt es auch in Ahrensburg, Reinbek und Umgebung Menschen, die sich für diese sehr wirksame Form der Leseförderung engagieren wollen. Welche enormen Möglichkeiten sich hier bieten, zeigt auch die Broschüre „Kluge Kinder lesen Zeitung“, die auf www.abendblatt.de heruntergeladen werden kann.

Wie Sie Pate werden können, lesen Sie rechts in dem Extra-Teil zu diesem Artikel. Jede Pate wird im Abendblatt vorgestellt. Die von Ihnen gespendete Zeitung liegt dann an zentralen Punkten ihrer Wunsch-Schule, wie der Mensa, der Bibliothek oder der Aula, aus. Viele Schüler nutzen schon das Hamburger Abendblatt in den Pausen oder in Freistunden, um zu lesen.

Je mehr mitmachen, desto besser. Wir wollen Kinder und Jugendliche mit dieser Aktion fördern: Sie sollen ihren Wortschatz vergrößern, ihre Allgemeinbildung verbessern, damit ihre Chancen auf eine gute Ausbildung oder ein gutes Studium steigen.

Zudem hoffen wir, dass von den Patenschaften vor allem Schulen in benachteiligten Gegenden profitieren.

Das Abendblatt verdoppelt jede Lese-Patenschaft. Für jede Lese-Patenschaft, die von unseren Lesern übernommen wird, liefert das Hamburger Abendblatt zusätzlich ein Abo an eine weitere Schule, die an dem Projekt Lese-Paten teilnehmen möchte. (HA)

Die Broschüre zum Herunterladen finden Sie unter www.abendblatt.de/klugekinder

So können Sie Pate werden

Jeder kann Pate werden und ein Abonnement oder mehrere Abonnements für ein Jahr spenden.

Mitmachen können Privatpersonen, Stiftungen, Unternehmen. Auch derjenige, der

seine ehemalige Schule oder die Schule seiner Kinder und Enkelkinder unterstützen möchte, kann eine Patenschaft für eine Schule seiner Wahl übernehmen.

Das Hamburger Abendblatt stellt jeden

Paten namentlich in der Zeitung vor.

Mehr Informationen erhalten Sie unter der Telefon-Hotline 0800/553 030. Oder Sie schreiben eine E-Mail an lese-paten@abendblatt.de

Glinde investiert 80.000 Euro in Nachtbuslinie 619

GLINDE :: Die Nachtbuslinie 619 wird auch in den kommenden fünf Jahren im bisherigen Umfang, also an sieben Tagen in der Woche, nach Glinde führen. Dafür gibt die Stadt 80.000 Euro aus – und zwar ab dem Haushalt 2017. Das beschlossen die Stadtvertreter nun einstimmig.

Glinde zahlt bereits seit knapp zwei Jahren 16.000 Euro pro Jahr für das Angebot. Davor war es kostenlos, weil die VHH die Linie eigenwirtschaftlich betrieb. Sie verlängerten den Vertrag aber nicht. Deshalb ist die Bezuschussung seit 2015 Sache des Kreises. Er ist Aufgabenträger für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und muss eine Grundversorgungs gewährleisten.

Die Nachtbuslinie 619, die Gäste vom Hamburger Stadteil Billstedt über Oststeinbek nach Glinde und zurückbringt, zählt nicht dazu. In der Nacht zu Sonnabend und Sonntag fährt der Bus auch Neuschönningstedt, Schönningstedt und Ohe an. (suk)

